

BMF: Referentenentwurf eines Jahressteuergesetzes 2022 (JStG 2022)

Am 28.07.2022 hat das BMF den [Referentenentwurf eines Jahressteuergesetzes 2022 \(JStG 2022\)](#) veröffentlicht.

Mit dem JStG 2022 komme man fachlich notwendigem Gesetzgebungsbedarf in verschiedenen Bereichen des deutschen Steuerrechts nach. Dies betreffe insbesondere notwendige Anpassungen an EU-Recht und EuGH-Rechtsprechung sowie Reaktionen auf Rechtsprechung des BFH. Darüber hinaus bestehe ein Erfordernis zur Umsetzung eines unvermeidlich entstandenen technischen Regelungsbedarfs. Hierzu gehören Verfahrens- und Zuständigkeitsfragen, Folgeänderungen, Anpassungen aufgrund von vorangegangenen Gesetzesänderungen und Fehlerkorrekturen.

In dem Referentenentwurf enthalten sind insbesondere folgende Maßnahmen:

- Weitgehende Abschaffung der sog. Registerfälle für die Zukunft (Vergütungszufluss nach dem 31.12.2022) und rückwirkende Abschaffung der Registerfälle für Drittlizenzen, d.h. für Fälle, in denen die Vermietung und Verpachtung oder die Veräußerung nicht zwischen nahestehenden Personen i.S.d. § 1 Abs. 2 AStG erfolgt (§ 49 Abs. 1 Nr. 6 EStG-E und § 49 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. f EStG-E). Die bisherige Registerfallbesteuerung wird auf Anwendungsfälle des Steueroasen-Abwehrgesetzes zurückgeführt (§ 10 StAbwG-E). Über den 31.12.2022 hinaus aufrechterhalten wird auch die Registeranknüpfung bezogen auf die von § 21 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 EStG erfassten Rechte. Damit wird sichergestellt, dass insbesondere Einkünfte, die aus in ein inländisches Schiffsregister eingetragenen Schiffsregisterrechten erzielt werden, weiter von der Steuerpflicht umfasst sind. Gleiches gilt für Rechte, die den Vorschriften des bürgerlichen Rechts über Grundstücke unterliegen (insbesondere Erbbaurechte und Mineralgewinnungsrechte). In diesen Fällen greifen die für die Abschaffung der Registeranknüpfung bei den übrigen Rechten tragenden Gründe nicht.
- Erhöhung der linearen Gebäude-AfA für neue Wohngebäude von zwei auf drei Prozent bei Fertigstellung nach dem 31.12.2023 (§ 7 Abs. 4 Nr. 2c EStG-E).
- Erhöhung des Sparer-Pauschbetrags von € 801 auf € 1.000 und von € 1.602 (Ehegatten/Lebenspartner) auf € 2.000 ab dem 01.01.2023 (§ 20 Abs. 9 EStG-E).
- Vorziehen des vollständigen Sonderausgabenabzugs für Altersvorsorgeaufwendungen auf 2023 (§ 10 Abs. 3 Satz 6 und § 39b Abs. 4 EStG-E).
- Anhebung des Ausbildungsfreibetrags von € 924 auf € 1.200 ab dem 01.01.2023 (§ 33a Abs. 2 Satz 1 EStG-E).
- Rückwirkende Steuerfreistellung des Zuschlages an Entgeltpunkten für langjährige Versicherung (Grundrentenzuschlag) ab dem 01.01.2021 (§ 3 Nr. 14a EStG-E).
- Vollendung der Familienkassenreform (§ 72 EStG-E und § 5 FVG-E).
- Verfahrensverbesserungen bei der Riester-Förderung.

- Anpassung der Vorschriften der Grundbesitzbewertung nach dem Sechsten Abschnitt des Zweiten Teils des Bewertungsgesetzes an die Immobilienwertermittlungsverordnung vom 14.07.2021.
- Schaffung einer Rechtsgrundlage zum Aufbau eines direkten Auszahlungsweges für öffentliche Leistungen unter Nutzung der steuerlichen Identifikationsnummer, um in Zukunft einen einfachen und unbürokratischen missbrauchssicheren Zahlungsweg zu ermöglichen (§ 139b AO-E).

Sowie im Bereich der Umsatzsteuer:

- Umsetzung der Richtlinie (EU) 2020/284 des Rates vom 18.02.2020 zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG. Durch die neue Vorschrift des § 22g UStG-E werden Zahlungsdienstleister verpflichtet, bei grenzüberschreitenden Zahlungsdiensten bestimmte Aufzeichnungen zu den Zahlungen vorzunehmen und diese Daten bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen an das BZSt zu übermitteln. Diese Informationen werden dann in einer europäischen Datenbank, dem zentralen elektronischen Zahlungsverkehrssystem (Central Electronic System of Payment Information – CESOP), gespeichert und aggregiert. Damit soll eine weitere Möglichkeit zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs geschaffen werden.
- Durch das Onlinezugangsgesetz vom 14.08.2017 sind Bund und Länder verpflichtet, bis spätestens zum 31.12.2022 ihre Verwaltungsleistungen auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten. Es wird daher eine elektronische Abgabemöglichkeit für Anträge auf Steuervergütungen für Leistungsbezüge zur Verwendung zu humanitären, karikativen oder erzieherischen Zwecken im Drittlandsgebiet (§ 4a UStG-E) sowie für Steuererklärungen zur Fahrzeugeinzelbesteuerung (§ 16 Abs. 5a UStG) vorgesehen; daneben wird auch die Bekanntgabe über die abgelehnte Weiterleitung von Vorsteuervergütungsanträgen an andere EU-Mitgliedstaaten auf elektronischem Wege erfolgen können (§ 18g UStG-E).

Der Kabinettsbeschluss ist dem Vernehmen nach für den 24.08.2022 geplant, weil andernfalls ein Inkrafttreten des Gesetzes bis Ende des Jahres schwierig werden würde. Weitere Details zum Zeitplan sind noch nicht bekannt. Allerdings ist die nächste Sitzung des Bundesrats, in der dessen Gegenäußerung zum künftigen Regierungsentwurf des Gesetzes beschlossen werden könnte, am 16.09.2022.

BMF: Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen – Anpassung an die Änderung von § 138h AO durch Gesetz vom 12.07.2022

Durch das Zweite Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung und des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung vom 12.07.2022 wurden auch die § 138e Abs. 3 und § 138h Abs. 2 AO an die Vorgaben der Richtlinie (EU) 2018/822 des Rates vom 25.05.2018 zur Änderung der EU-Amtshilferichtlinie angepasst. Durch den neuen § 138e Abs. 3 Satz 6 AO wurde in der Definition für Zwecke der Mittei-

lungspflicht als verbunden geltender Unternehmen normiert, dass Personen mit Stimmrechtsbeteiligung von mehr als 50 % als Halter von 100 % der Stimmrechte gelten. Bezogen auf die sog. Aktualisierungspflicht bei marktfähigen Gestaltungen wurde aufgenommen, dass auch Angaben zu verbundenen Unternehmen nach § 138f Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 AO im Rahmen der quartalsweisen Aktualisierung anzugeben sind (§ 138h Abs. 2 Satz 1 AO). Beide Änderungen sind in allen bei Inkrafttreten dieser Vorschriften am 22.07.2022 anhängigen Verfahren rückwirkend anzuwenden.

Im Einvernehmen mit den obersten Finanzbehörden der Länder wurde nun mit [BMF-Schreiben vom 26.07.2022](#) die Rn. 255 des [BMF-Schreibens vom 29.03.2021](#) zur Anwendung der Vorschriften über die Pflicht zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen mit sofortiger Wirkung neu gefasst. Die Anpassung erfolgt dahingehend, dass bei Hinzutreten neuer Nutzer zu einer marktfähigen Gestaltung auch Angaben zu verbundenen Unternehmen i.S.d. § 138f Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 AO gemacht werden müssen.

BMF: Änderung der Grenzgängerregelung des DBA-Schweiz

Aufgrund der abkommensrechtlichen Grenzgängerregelung in Art. 15a DBA-Schweiz entfällt die Grenzgängereigenschaft eines Steuerpflichtigen, wenn dieser insgesamt mindestens 60 arbeitsbedingte Nichtrückkehrtage im Kalenderjahr überschreitet. Hierunter zählten gemäß bisheriger Rechtsprechung auch Arbeitstage, an denen der Arbeitnehmer seine Tätigkeit an seinem Wohnsitz ausübte.

Gemäß den Konsultationsvereinbarungen anlässlich der Covid-19 Pandemie wurde diese Regelung insoweit abgeändert, als dass Arbeitstage, an denen der Arbeitnehmer seine Tätigkeit aufgrund der Pandemie und der damit einhergehenden Mobilitätseinschränkung an seinem Wohnsitz ausüben musste, nicht als Nichtrückkehrtage zu zählen waren. Folglich konnte in der Zeit der Pandemie die Grenzgängerregelung auch bei mehr als 60 Nichtrückkehrtagen erfüllt sein.

Die zuständigen Finanzbehörden in Deutschland und der Schweiz sind nunmehr in einer weiteren Konsultationsvereinbarung darüber übereingekommen, dass Arbeitstage, an denen Grenzgänger ihre Tätigkeit ganztägig am Wohnsitz ausüben (Homeoffice-Arbeitstage), nicht als Nichtrückkehrtage im Sinne des Art. 15a Abs. 2 DBA-Schweiz zu zählen sind. Die Nichtrückkehrtage sind folglich anhand der tatsächlichen Arbeitstage zu bewerten, an denen die Tätigkeit außerhalb des Wohnsitzes ausgeübt wird (vgl. [BMF-Schreiben vom 26.07.2022](#)).

Aufgrund der in der Regel vorteilhafteren Besteuerung in der Schweiz ist diese Neuregelung insbesondere für diejenigen Arbeitnehmer interessant, die sich in der Vergangenheit entweder bemühen mussten, die Zahl der Nichtrückkehrtage nicht zu überschreiten, um als in der Schweiz wohnhafte und bei einem deutschen Arbeitgeber in Deutschland tätige Arbeitnehmer durch die Anwendung der Grenzgängerregelung nicht im Tätigkeitsstaat Deutschland, sondern im Ansässigkeitsstaat Schweiz steuerpflichtig zu werden, oder für diejenigen, die als in Deutschland ansässige Arbeitnehmer die Anwendung der Grenzgängerregelung durch Überschreiten der Nichtrückkehrtage vermeiden wollen, um ihren auf Tä-

tigkeiten in der Schweiz entfallenden Arbeitslohn (bei Vorliegen der entsprechenden weiteren im Abkommen genannten Bedingungen) in der Schweiz versteuern zu können.

26

29.07.2022

Alle am 28.07.2022 veröffentlichten Entscheidungen des BFH (V)

Aktenzeichen	Entscheidungsdatum	Stichwort
III R 22/21	07.04.2022	Kindergeld; Abgrenzung der einheitlichen Erstausbildung von der berufsbegleitenden Zweitausbildung
VII R 52/20	05.04.2022	Entlastungsanspruch für Branntweinsteuer
IV R 13/18	22.03.2022	"Sendelizenz" nach dem Landesmediengesetz Baden-Württemberg kein aktivierungsfähiges immaterielles Wirtschaftsgut
XI R 5/19	17.03.2022	(Folge-)Änderung eines Steuerbescheids nach § 174 Abs. 4 AO in einer anderen Steuerart; Irrtum über das Entstehen einer Umsatzsteuerverbindlichkeit bei einem bilanzierenden Steuerpflichtigen
XI R 39/19	17.03.2022	Reichweite einer Erledigungserklärung; Teileinspruchsentscheidung
XI R 23/21 (XI R 4/21)	17.03.2022	Besteuerung der Umsätze eines Freizeitparks
V R 46/19	15.03.2022	Zweckbetrieb bei der Organisation des Zivildienstes
I R 47/18	08.12.2021	Offenbare Unrichtigkeit nach § 129 AO bei fehlender Erkennbarkeit des zutreffenden Werts

Alle am 28.07.2022 veröffentlichten Entscheidungen des BFH (NV)

Aktenzeichen	Entscheidungsdatum	Stichwort
XI B 72/21	29.03.2022	Umsatzsteuerpflicht für Tennisunterricht
X B 1/21	24.03.2022	Bindungswirkung der Bescheinigung gemäß § 7i Abs. 2 Satz 2 EStG bei Zuschussgewährung
II R 6/21	16.03.2022	Verzögerter Einzug in ein Familienheim
IV R 33/18	10.02.2022	Verhältnis der Verlustfeststellung zur Messbetragsfestsetzung - Aufwendungen für erstmalige Landgewinnung als nachträgliche Herstellungskosten des Grund und Bodens

26

29.07.2022

Alle bis zum 29.07.2022 veröffentlichten Erlasse

Aktenzeichen	Entscheidungsdatum	Stichwort
<u>III C 3 - S 7532/19/10002 :005</u>	28.07.2022	Fragebögen zur umsatzsteuerlichen Erfassung von juristischen Personen des öffentlichen Rechts
<u>IV A 3 - S 0304/19/10006 :012 (IV B 1 - S 1317/19/10058 :023)</u>	26.07.2022	Anwendung der Vorschriften über die Pflicht zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen
<u>IV B 2 - S 1301-CHE/21/10019 :016</u>	26.07.2022	Konsultationsvereinbarung betreffend ganztätig am Wohnsitz verbrachte Arbeitstage von Grenzgängern zur Anwendung der Grenzgängerregelung in Artikel 15a des deutsch-schweizerischen Doppelbesteuerungsabkommen
<u>IV B 2 - S 1301-CHE/21/10030 :002</u>	26.07.2022	Weiterführung der Ergänzung der Konsultationsvereinbarung vom 21. Dezember 2016 über die Durchführung von Schiedsverfahren gemäß Artikel 26 Absatz 5 bis 7 des deutsch-schweizerischen Doppelbesteuerungsabkommen

Herausgeber

WTS Steuerberatungsgesellschaft mbH

www.wts.com/de • info@wts.de

Redaktion

Dr. Martin Bartelt und Georg Geberth

Berlin

Antje Pollack
Lübecker Straße 1-2
10559 Berlin
T: +49 (0) 30 2062 257 1010
F: +49 (0) 30 2062 257 3999

Erlangen

Andreas Pfaller
Allee am Röthelheimpark 11-15
91052 Erlangen
T: +49 (0) 9131 97002-11
F: +49 (0) 9131 97002-12

Hamburg

Lars Behrendt
Brandstwierte 4
20457 Hamburg
T: +49 (0) 40 320 86 66-0
F: +49 (0) 40 320 86 66-29

Köln

Jens Krechel
Sachsenring 83
50677 Köln
T: +49 (0) 221 348936-0
F: +49 (0) 221 348936-250

Regensburg

Dr. Sandro Urban
Lilienthalstraße 7
93049 Regensburg
T: +49 (0) 941 383 873-237
F: +49 (0) 941 383 873-130

Nürnberg

Daniel Blöchle
Hugo-Junkers-Straße 7
90411 Nürnberg
T: +49 (0) 911 2479455-130
F: +49 (0) 911 2479455-050

Hannover

Nicole Datz
Thielenplatz 5
30159 Hannover
T: +49 (0) 511 123586-0
F: +49 (0) 511 123586-199

Düsseldorf

Michael Wild
Klaus-Bungert-Straße 7
40468 Düsseldorf
T: +49 (0) 211 200 50-5
F: +49 (0) 211 200 50-950

Frankfurt a. M.

Ulrike Schellert
Robert Welzel
Taunusanlage 19
60325 Frankfurt/Main
T: +49 (0) 69 133 84 56-0
F: +49 (0) 69 133 84 56-99

Kolbermoor (Rosenheim)

Ralf Dietzel
Carl-Jordan-Straße 18
83059 Kolbermoor
T: +49 (0) 8031 87095-0
F: +49 (0) 8031 87095-250

München

Marco Dern
Thomas-Wimmer-Ring 1-3
80539 München
T: +49 (0) 89 286 46-0
F: +49 (0) 89 286 46-111

Stuttgart

Klaus Stefan Siler
Königstraße 27
70173 Stuttgart
T: +49 (0) 711 2221569-62
F: +49 (0) 711 6200749-99

Rosenheim

Ralf Dietzel
Luitpoldstraße 9
83022 Rosenheim
T: +49 (0) 8031 87095 600
F: +49 (0) 8031 87095 799

Diese WTS-Information stellt keine Beratung dar und verfolgt ausschließlich den Zweck, ausgewählte Themen allgemein darzustellen. Die hierin enthaltenen Ausführungen und Darstellungen erheben daher weder einen Anspruch auf Vollständigkeit noch sind sie geeignet, eine Beratung im Einzelfall zu ersetzen. Für die Richtigkeit der Inhalte wird keine Gewähr übernommen. Im Falle von Fragen zu den hierin aufgegriffenen oder anderen fachlichen Themen wenden Sie sich bitte an Ihren WTS-Ansprechpartner oder an einen der oben genannten Kontakte.